

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Konrad Weiß (Berlin) und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Privatisierung der DEFA

Im Zusammenhang mit der Privatisierung des DEFA-Studios für Spielfilme in Potsdam-Babelsberg ist es in jüngster Zeit zu unterschiedlichen Aussagen über die Zukunft des Unternehmens gekommen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, den Erhalt der laut Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble vom 29. Oktober 1991 vom Bund als erhaltenswerte Einrichtung im Sinne des Einigungsvertrages eingestuften DEFA zu gewährleisten?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, zu welchem Ergebnis die „Entwicklungsgruppe im Auftrag der Treuhandanstalt für die DEFA“ (EwGAT) gekommen ist und wenn ja, wie bewertet sie es?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die Beteiligung des „Credit Suisse First Boston“ Investmenthauses an der Privatisierung der DEFA, und welche Auswirkungen auf die Berücksichtigung des Kulturauftrages dieser traditionsreichen Filmproduktionsstätte erwartet sie durch die Übertragung der Investorensuche an ein internationales Bankhaus?
4. Was unternimmt die Bundesregierung für den Erhalt des Produktionsortes Babelsberg bzw. wie verhindert sie die Realisierung von Spekulationsabsichten, auf welche u. a. das Interesse der französischen Wasserwirtschafts- und Immobilienfirma CGT (?) schließen läßt?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchem Grunde das firmeneigene Konzept zur Privatisierung am Treuhand-Veto scheiterte?
6. Wie ist die Einbeziehung der Belegschaft der DEFA in die Privatisierungsüberlegungen geregelt?

Bonn, den 29. November 1991

Konrad Weiß (Berlin)
Werner Schulz (Berlin) und Gruppe

